

Öffentliche Fraktionssitzung

Kultureller Kahlschlag abgewendet!?

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Am 01.12.2003 fand unsere dritte öffentliche Fraktionssitzung in der laufenden Wahlperiode statt. Diesmal luden wir unter dem – zugegebenermaßen – etwas provokanten Motto „Kultureller Kahlschlag in Lichtenberg? – Welche Alternativen gibt es noch?“ in die Aula der Musikschule Schostakowitsch in der Werneuchener Straße. Das dies ein Thema ist, dass vielen Kulturinteressierten, Kulturschaffenden, aber auch Eltern, deren Kinder die Musikschule besuchen gerade wegen der Einspardiskussion bei den Haushaltsberatungen 2004/2005 auf den Nägeln brennt, zeigte schon die Teilnehmerzahl von 52 (!) Bürgerinnen und Bürgern, über die wir uns natürlich sehr gefreut haben. Und um es vorweg zu nehmen: die Diskussionskultur war konstruktiv-kritisch und von keinerlei verbalen oder sonstigen Ausfällen überschattet. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Ulrike Liedtke (Geschäftsführerin der Landes- und Bundesmusikakademie in Brandenburg und Mitglied des Deutschen Musikrates), was sicher zum guten Gelingen beigetragen hat. Außerdem saßen mit auf dem Podium Dr. Catrin Gocksch-Bartel (Mitglied des Lichtenberger Kulturbeirates und Zweigstellenleiterin einer Musikschule), Hans-Joachim Blauert (Vorsitzender des Wirtschaftskreises Hohenschönhausen-Lichtenberg) sowie Andreas Geisel (Bezirksstadtrat und Vorsitzender der SPD-Lichtenberg). Einführend wurde dargestellt, wie das neue auf Kosten-Leistungs-Rechnung und Budgetierung beruhende Finanzzuweisungssystem der

Senatsverwaltung zusätzlichen Kostendruck auf die Bezirke erzeugt. Insbesondere die Bewirtschaftungskosten von Gebäuden stellen sich dabei als Kostentreiber dar. Hier gab es Kritik an einigen Bezirken, die diese Kosten nicht richtig in ihre Produktbudgets einberechnet und somit die finanziellen Zuweisungen künstlich nach unten getrieben hätten. In diesem Zusammenhang wurde auch in Frage gestellt, ob eine überregional so bedeutsame Kultureinrichtung wie das Mies-van-der-Rohe-Haus nicht von Bund oder Land übernommen werden müsse. Es wurde aber nicht nur über die Reduzierung der Kosten nachgedacht, sondern auch auf eine Erhöhung der Einnahmen – etwa durch Sponsoring – gedrängt. Die **Gründung einer Kulturstiftung** für Lichtenberg könnte gleichfalls zur Einnahmeerhöhung beitragen und wurde deshalb ausführlich diskutiert.

Ein weiterer zentraler Punkt der Diskussion war natürlich die **Zukunft der Lichtenberger Musikschule** am Standort Werneuchener Straße. Eine Aufgabe des Gebäudes aus Kostengründen und die damit zwangsläufig verbundene Dezentralisierung des Unterrichtsangebotes wurde von niemandem im Saal für akzeptabel gehalten, da dadurch die wichtige Ensemblearbeit zerstört würde. Einen entsprechenden Antrag hatten wir bereits in der BVV am 01.10.2003 gestellt, wobei wir als zusätzliches Argument gegen die Dezentralisierung auch die Problematik der angemessenen Instrumentenlagerung angeführt hatten. Übrig blieben demnach nur zwei sinnvolle Lösungsvarianten: ein kostengünstigeres Gebäude für den Standort

Werneuchener Straße oder eine bessere Ausnutzung der Kapazitäten durch weitere Nutzer. Zur Freude der Teilnehmer erklärte das anwesende Bezirksamt, dass eine Dezentralisierung der Musikschule zunächst vom Tisch sei und für das Jahr 2004 der Standort Werneuchener Straße erhalten bliebe.

Der dritte Themenkomplex unserer Diskussion beschäftigte sich mit der **Zukunft des Studios Bildende Kunst** in der John-Sieg-Straße. Einigkeit bestand darin, dass diese wichtige Kultureinrichtung im Kiez Frankfurter Allee Süd unbedingt erhalten werden muss. Es wurde nochmals die Übergabe an einen freien Träger diskutiert. Jedoch stellte der hierfür in Frage kommende Verein Inventor klar, dass er sich momentan dazu leider nicht in der Lage sieht. Hier wird weiterhin um eine gangbare Lösung gerungen werden müssen. Abschließend lässt sich feststellen, dass wir das Ziel einer offenen aber ergebnisorientierten Diskussion unter Einbeziehung von Bürgern und Fachleuten mit dieser Veranstaltung erreicht haben. Natürlich gibt es keine Patentlösung für diese schwierigen Fragen, aber wir sind im Hinblick auf den Meinungsbildungsprozess in unserer Fraktion ein erhebliches Stück weiter gekommen und werden die Ideen und Anregungen dieser Veranstaltung sukzessive in der BVV ansprechen und im Rahmen unserer Möglichkeiten umsetzen.

Wir bleiben auf jeden Fall weiter am Ball – wider den kulturellen Kahlschlag in Lichtenberg!

Wir laden herzlich ein zu unserem

Neujahrsempfang 2004 mit der SPD Lichtenberg

am Freitag, den 9. Januar 2004, ab 18.00 Uhr

im Theater Fennpfehl (Renault Niederlassung), Weißenseer Weg 32-34, 13055 Berlin

Nutzen Sie die Gelegenheit, um mit uns ins Gespräch zu kommen!

Bericht aus dem Ausschuss für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden

Kleine und große Probleme

von Kurt Hemmerlein, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg,
Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden der BVV

An dieser Stelle möchte ich kurz die Arbeit des Ausschusses für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden vorstellen. Was verbirgt sich hinter dem Namen für ein Aufgabengebiet? Gehen wir der Reihenfolge nach. Als erstes beschäftigt sich der Ausschuss mit der Geschäftsordnung, die für die Bezirksverordnetenversammlung und – sofern sie keine eigene haben – auch für ihre Ausschüsse gilt. Dabei muss selbstverständlich nicht für jede Wahlperiode eine neue Geschäftsordnung geschaffen werden. Es wird nur überprüft, welche Punkte sich in der bisherigen Praxis nicht bewährt haben und deshalb überarbeitet werden müssten. Außerdem werden Vorschläge der Fraktionen bzw. von Verordneten zur Geschäftsordnung in der Regel in diesen Ausschuss zur Beratung überwiesen. Bei der Abwägung von Annahme

oder Ablehnung von Änderungsanträgen merkt man immer wieder, wie schwer es ist, eine Geschäftsordnung nebst Drucksachenordnung zu schaffen, die allen Anforderungen gerecht wird.

Der zweite Aufgabenkreis des Ausschusses sind die Eingaben und Beschwerden der Bürger des Bezirkes. Hierbei ist es wichtig, zunächst festzustellen, ob der Ausschuss für den Sachverhalt zuständig ist und sich damit zu befassen hat. So ist die Zuständigkeit z.B. nicht gegeben, wenn die Eingabe eine Einzelpersonalentscheidung zum Inhalt hat. Bei Zuständigkeit wird die Stellungnahme der zuständigen Verwaltung eingeholt und anschließend versucht, eine allseits befriedigende Lösung zu finden. Viele der bisherigen 26 Eingaben betreffen Bürgerbeteiligungen bei stadtplanerischen Aktivitäten, Straßenverkehr- und Lärmprobleme oder Fragen

zur Sozialhilfe. In diesen Fällen kann den Petenten meistens geholfen werden. Wenn unterschiedliche Interessenlagen oder Ansichten existieren, hilft natürlich nur der beiderseitige Wille zum Kompromiss.

Einige Fälle gestalten sich aber deutlich komplizierter und übersteigen die Möglichkeiten des Ausschusses. Ist zudem noch ein Rechtsstreit anhängig, bleibt dem Ausschuss nur noch, die Entwicklung zu beobachten, da er keine rechtswirksamen Entscheidungen treffen kann. Insgesamt ist der Ausschuss ein schwieriges, aber interessantes Aufgabenfeld. Abschließend würde ich mir wünschen, dass sich die Verwaltung bemühen würde, nicht nur der reinen Gesetzeslage sondern auch den darüber hinaus gehenden Erwartungen an eine bürgerfreundliche Verwaltung zu entsprechen.

Eine unendliche Geschichte aus Lichtenberg

Wann klappt das denn endlich mit der Babyklappe?!

Insgesamt gibt es in der Stadt fünf Babyklappen. Diese Einrichtungen geben Frauen in extremen Not- oder Konfliktsituationen die Möglichkeit, ihr Kind gleich nach der Geburt anonym zur Adoption freizugeben.

Die erste Einrichtung wurde im September 2000 im Krankenhaus Waldfriede eröffnet. Weitere Babyklappen gibt es mittlerweile im Evangelischen Waldkrankenhaus Spandau, im St. Josephs-Krankenhaus Tempelhof, im Krankenhaus Neukölln und eigentlich auch im Krankenhaus Lichtenberg. In der Berliner Zeitung erschien jedoch bereits am 10.12.2002 (!) ein Artikel unter der Überschrift „Außer Betrieb – seit fünf Monaten ist die erste Babyklappe im Ostteil fertig und noch immer verschlossen“. Es wurde berichtet, dass die Eröffnung der von der BVV geforderten Babyklappe seit

fünf Monaten daran scheiterte, dass das bezirkliche Jugendamt eine fertige Vereinbarung mit dem Krankenhaus Lichtenberg nicht unterzeichnet habe. Zuerst hätten Bedenken des Landesjugendamtes vorgelegen. Nach Ausräumung dieser Bedenken wäre, laut der damaligen Jugendstadträtin und heutigen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS), „ihre Verwaltung jedoch nicht an dem Fall drangeblieben“ und „die Vereinbarung sei in Vergessenheit geraten“. Nach einer mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion im Dezember 2002 hieß es dann, dass die Babyklappe wenigstens in der zweiten Januarhälfte 2003 in Betrieb gehen könne. Ein gutes Jahr später (Wir schreiben Dezember 2003!): Die Babyklappe ist weiterhin „außer Betrieb“. Wie jetzt bekannt wurde, hat sich das bezirkliche Jugendamt – entgegen der eindeutigen Beschlusslage der BVV und des Bezirksamtes – geweigert, die

eventuell anfallenden Kosten für eine Behandlung von anonym zur Adoption freigegebenen Babys zu übernehmen. Dem Krankenhaus Lichtenberg wurde anheim gestellt mögliche Ansprüche einzuklagen, worauf dieses – verständlicher Weise – weiterhin von der Inbetriebnahme der Klappe absah. In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit der BVV Lichtenberg am 11.12.2003 wurde nun endlich eine Kostenübernahme durch das Jugendamt in Aussicht gestellt. Dieser schildbürgerstreichartige Vorgang war dennoch Anlass für die SPD-Fraktion in der BVV am 17.12.2003 das Bezirksamt zu fragen: „Warum gibt es noch keine Babyklappe im Bezirk Lichtenberg?“. Gesundheitsstadtrat Andreas Geisel (SPD) wird sich nach seiner Antwort – ebenso wie die SPD-Fraktion – weiterhin für eine Inbetriebnahme der Babyklappe einsetzen. **bs**

Die SPD-Fraktion Lichtenberg wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in das Jahr 2004!

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, B. Schymetzko